

Riesfaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Kraftschrift: Tagesdruckerei.
Gemeinf. Nr. 20.

Das Riesfaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1538
Zirkelstraße Riesa Nr. 52.

Nr. 74.

Donnerstag, 27. März 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für den Monat März 1924 2 Mark 50 Pf. einschließlich Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschreib-Beile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklametexte 100 Gold-Pfennige; jeztraubende und tabellarische Satz 50%, Kuchschlag, Feils Tarife, Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Vertrag verfallen, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Anzeigenabteilung: Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Ereignisse des Betriebes der Druckerei, der Riesfaeranten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Vorfahrung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Anzeigen- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Anzeigenabteilung: Erzähler an der Elbe. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Die Errichtung der Goldkreditbank.

Vorbereitung eines neuen Devisengesetzes.
Während einerseits Handel, Industrie und Landwirtschaft mit immerhin großen Erwartungen auf die Errichtung der Goldkreditbank rechnen, scheint die Devisenangelegenheit auf der anderen Seite die Bewegungskraft dieser Kreise hart zu trennen. Der „Berliner Presse-Dienst“ hat aus diesem Anlaß berichtet, durch Rückfrage bei maßgebenden Persönlichkeiten klargestellt über die Errichtung der Goldkreditbank und über die Forderung der Devisengesetze zu erreichen. Zur Errichtung der Goldkreditbank wurde einem Mitarbeiter des V. D. folgendes mitgeteilt:
Ursprünglich war die Errichtung der Goldkreditbank schon für den 1. April dieses Jahres vorgesehen. Das heißt, die Errichtung der Bank sollte mit diesem Tage ihren Anfang nehmen, während ihre Eröffnung erst ein bis zwei Wochen später erfolgen sollte. Dieser zunächst ins Auge gefaßte Termin konnte nicht innegehalten werden, weil Reichsanwalt Dr. Schmidt erst Ende dieser Woche nach Berlin zurückkehrte. Er wird dann sofort bemüht sein, die Errichtung der Goldkreditbank vorzunehmen, um sie in kurzer Zeit sicher zu stellen. Freilich wird auch dann die Errichtung der Bank noch nicht die sofortige Aufnahme ihrer finanziellen Tätigkeit bedeuten. Zunächst handelt es sich darum, durch die Gründung des Instituts die sofortige Grundlagna für die Vorbereitung seiner Tätigkeit zu finden. Selbstverständlich sind alle Vorarbeiten dauernd im Gange. Heute legt man eine Frist von drei Wochen, die noch vergehen wird, ehe die offizielle Gründung der Bank erfolgt. Ueber die grundsätzlichen Voraussetzungen, unter denen die Errichtung der Goldkreditbank gedacht ist, bestehen keinerlei Meinungsverschiedenheiten mehr. Vielmehr haben die zwischen den beteiligten Stellen abgelaufenen Verhandlungen zu einer wesentlichen Förderung der Vorarbeiten geführt und alle noch vorhandenen Differenzen und Schwierigkeiten ausgeräumt. Wernig bekannt sein dürfte, daß von parteipolitischer Seite heute noch versucht wird, die Durchführung des Goldkreditbank-Projektes zu verhindern. Doch kann man nicht annehmen, daß auf parteipolitische Einwände Rücksicht genommen wird. Im Gegenteil vertritt man an maßgebender Stelle, daß gerade die parteipolitische Gegnerlichkeit gegen die Bank deren schnelle Errichtung fördere.

Von dem Einfluß der Goldkreditbank auf das Wirtschaftsleben wird auch die endgültige Festhaltung des Devisengesetzes abhängen. Aus interessierten und unterrichteten, ebenso aus maßgebenden Kreisen werden einem Vertreter des „Berliner Presse-Dienstes“ Aufschluß über die schwebenden Auseinandersetzungen zwischen der Regierung einerseits und Industrie und Großhandel andererseits über die Frage der Forderung der alten Devisenbestimmungen gegeben. Aus Kreisen des Großhandels und der Industrie sind in letzter Zeit lebhafteste Bemerkungen bei der Reichsregierung eingelaufen, die sich darauf beziehen, daß die alte Devisengesetzgebung veraltet sei und den Anforderungen der veränderten Wirtschaftslage nicht mehr entspreche. Der Großhandel wünscht mehr Bewegungsfreiheit seiner Devisen und ist der Ansicht, daß die bisherige Art der Reparierung und der Kontrolle keineswegs den Zweck erfüllt, unerwünschte Einflüsse fernzuhalten und die Ausfuhr zu fördern. Man hat daher im Reichsfinanzministerium und Reichswirtschaftsministerium die zuständigen Referenten beauftragt, das nötige Material zu sammeln und Entwürfe auszuarbeiten für ein neues Devisengesetz, das der veränderten Sachlage besser Rechnung tragen soll. Es ist jedoch nicht damit zu rechnen, daß dieses Gesetz schon in den nächsten Monaten in Kraft tritt, denn die endgültige Entscheidung kann nach Ansicht der maßgebenden Kreise erst dann getroffen werden, wenn sich — wie gelangt — die Folgen der Errichtung der neuen Goldkreditbank einigermaßen übersehen lassen. Es scheint aber nicht ausgeschlossen, daß mit Zustimmung des Devisenkommissars Dr. Schmidt auf dem Wege der Verordnung schon vorher gewisse Erleichterungen geschaffen werden. Es wird dabei jedoch betont, daß der Einfluß von Luxuswaren auf jeden Fall ein Niegel vorgeschoben werden müsse, und daß es sich nur darum handeln könne, der Wirtschaft die Ein- und Ausfuhr solcher Produkte zu erleichtern, die tatsächlich eine Neubelebung der deutschen Produktion gewährleisten.

Zur Reichstagswahlbewegung.

Deutschnationale Volkspartei.
In dem Wahlaufruf der Deutschnationalen Volkspartei heißt es u. a.:
„Wir wollen frei sein wie die Väter waren!“ Diese Losung steht am Anfang und Ende aller deutschnationalen Politik.
Frei von äußerer Fremdherrschaft: frei von Marxismus, der uns Frieden, Freiheit und Brot verspricht, aber Unfrieden, Anarchismus und Not gebracht hat; frei von dem mit dem Marxismus allzeit verbundenen Judentum!
Der Rhein ist Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze! Das Ziel des deutschen Selbstbestimmungsrechtes ist für uns: Von der Donau bis zum Belt ein Volk, ein Reich, ein Kaiser!
Zurück zu den Grundlagen der deutschen Verfassung, wie sie Bismarck einst von Preußen aus schuf! Dem Reich, was des Reiches ist, aber Eigenleben und Eigenverantwortung für Länder und Gemeinden.
Fort mit der Kleinherzlichkeit des Parlaments.
Ehre dem alten Meer und seinen Führern. Stolz auf die deutsche Vergangenheit, lassen wir nicht von ihrem Vabzählen: Der Raben schwarzwalden!

Staat und Volk seien erfüllt von christlichem Geist. Wir fordern das christliche Schulgesetz, das im alten Reichstag begraben liegt, weil manche bürgerliche Partei lieber das Schulgesetz opferte, als das Zusammengehen mit der Sozialdemokratie.
Kampf gegen die Herrschaft und den verletzenden Geist des Judentums auf allen Gebieten.
Deutschnational sein heißt deutschvölkisch sein.
Soziale Umstände muß ein Mann, das tägliche Leben zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer beherrschend, alle gesellschaftlichen Vorurteile und jeden Klassengeist überwinden. Der Arbeiter ist vollberechtigtes Mitglied der Gesellschaft. Die Leistung und der Wert der Persönlichkeit müssen im Staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Leben entscheiden. Die Fürsorge für die wirtschaftlich schwächeren Volksteile darf nicht verkümmern. Arbeitsrecht, Arbeiterschutz und soziale Versicherung sind einfach und wirksam zu gestalten.
Die Not des Vaterlandes verlangt vermehrte Arbeitsleistung, die durch den friedlichen Ausgleich zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und deren Zusammenwirken in Arbeitsgemeinschaften gehoben werden muß.

Die Auslegung der Stimmzettel.
Für die Reichstagswahlen hat nach einer Verordnung des Reichsministers des Innern in Abänderung einer unzulässig ergangenen Verfügung in der Zeit vom 6. bis 13. April zu erfolgen. Im rechtsrheinischen Bayern werden die Listen vom 21. bis 27. April aufgelegt werden.
Der bisherige Reichstagsabgeordnete Freiherr v. Verdner der ehemalige Präsident der deutschen Friedensdelegation, hat an die Deutsche Volkspartei ein Schreiben gerichtet, in dem er unter scharfer Kritik der von dem Führer der Partei Dr. Stresemann geführten Politik seinen Austritt aus der Partei erklärt.

Reichstagskandidaturen.
Für den Wahlkreis Teltow-Beetzow (Waldham 2) haben die Deutschnationalen ein Wahlbündnis mit den Vereinigten Vaterländischen Verbänden und dem Reichslandbund abgeschlossen. An der Spitze der Liste steht der Deutschnationale Abgeordnete Graf Wehary, an zweiter Stelle der Vorsitzende der Vereinigten Vaterländischen Verbände, Frhr. v. Gierke. Die Deutschnationale Freiheitspartei und die Deutschnationale Partei haben ein Zusammengehen mit den Deutschnationalen abgelehnt.

Auf der Reichsliste der Deutsch-Demokratischen Partei stehen: Reichsminister a. D. Koch-Weser, Frau Dr. Gertrud Bäumer, Erzelen, Dr. Fischer-Köln, Reichswehrminister Dr. Gieseler und Dr. Ludwig Haack.
An der Spitze der sozialdemokratischen Kandidatenliste für Württemberg stehen die Abgeordneten Reil und Sildbrand. Die Württembergischen Kommunisten stellen den Landtagsabgeordneten Hans Stetter als Spitzenkandidaten auf. Der Deutschnationale Bauernbund in Württemberg hat die bisherigen Abgeordneten Körner und Voigt wieder aufgestellt.

Gegen die Politik Stresemanns.
Die Nationalliberale Vereinigung der Deutschen Volkspartei hielt gestern im Reichstagsgebäude einen aus allen Teilen des Reiches besuchten Delegiertentag ab. Der Vorsitzende Dr. Altmann-Dortmund betonte in seiner Eröffnungsansprache, die Gründung der Vereinigung sei notwendig geworden, weil die Mitglieder der Volkspartei die Politik Stresemanns und seine Ehe mit links länger mitmachen könnten. Stresemann hätte von der Parteileitung zurücktreten müssen. Wenn er den Frieden nicht wollte, dann könne die Vereinigung auch kämpfen. — Abg. Dr. Gildemeister-Bremen führte als Hauptreferent aus, das persönliche Reglement der Parteiführer müsse anheben. Der Parteikampf in der Wahl müsse darauf eingestellt sein, daß unter Abwehr von dem Gedanken der großen Koalition aus dem neuen Reichstag eine bürgerliche Regierung gebildet werden könne. Auch die große Koalition in Preußen dürfe nicht zum Gewöhnungszustand werden. — Generaldirektor Vogelbein bezeichnete die große Koalition in Preußen als den Totengräber der Deutschen Volkspartei. Er nahm die Scherzinschriften gegen den Vorwurf in Schutz, daß sie eine Klassenkampf-Parole ausbeute. — In der Ansprache wurde die Politik Stresemanns von Dr. Marek, Oberer vom Reichslandbund, Freiherr von Versner und anderen Rednern in scharfer Weise angegriffen. Es wurde eine Entschleunigung angenommen, in der die Bildung einer bürgerlichen Regierung im Reich und in Preußen verlangt wurde.

Vom Zeigner-Prozess.

Die Schlussvorträge der Verteidiger.
Leipzig, 26. März. Der 7. Tag des Zeigner-Prozesses begann mit dem Aussagen des Gerichtsmediziners Medizinalrat Dr. Schüb, der hervorhob, daß es nicht möglich sei, völlige Klarheit über die Verhältnisse Zeigners zu erlangen. Sein Geisteszustand sei keineswegs krankhaft, bringe aber eine Reihe von Eigentümlichkeiten mit sich. Er zeige eine gewisse Nervosität und Heißbarkeit, sowie Furcht vor politischer Anfeindung. Aber statt andere zu schaden, würde er selbst gelitten.
Nachdem der Oberstaatsanwalt die Strafanzeige gestellt hatte, plädierte Staatsanwalt Baum zu dem Fall Schmeier. Im Fall der Annahme des Weisjutters handelt es sich nicht um eine Amtshandlung. Eine strafbare Handlung liegt nicht vor. Dagegen ist die Annahme des Damenpelzes als Verletzung nach § 332 anzusehen, und zwar handelt es sich um eine indirekte Verletzung. Besonders unglücklich sind die Ausgaben Dr. Zeigners im Falle Schmeier. Es kommt

nicht darauf an, ob der Pelz nachträglich zurückgegeben worden ist, um die Annahme des Geschenktes festzustellen. Dr. Zeigner hat die Interessen Schmeiers auch weiterhin wahrgenommen, anstatt Schmeier zur Anzeige zu bringen. Der Staatsanwalt beantragt gegen Dr. Zeigner eine Geldstrafe von 6 Monaten, gegen Möbius als Gehilfen eine solche von 3 Monaten. Hierauf tritt die Mittagspause ein.

In der Nachmittags-Sitzung ergreift der Verteidiger Dr. Zeigners Dr. Frank das Wort. Er erklärt, der Oberstaatsanwalt habe zum mindesten in manchen Nebenwendungen anerkannt, daß Dr. Zeigner nicht aus gemeinen Motiven gehandelt, er habe aber aus dieser Anerkennung nicht die nötigen Konsequenzen gezogen inbezug darauf, daß die Taten Dr. Zeigners ja damit motivlos seien inbezug auf das Strafmah. Er — der Verteidiger — wolle den Angeklagten nicht wie das in anderen juristisch verhandelten Prozessen geschehe, zu einer Lichtgestalt erheben, aber man müsse in Dr. Zeigner einen durchaus reinen vom besten Willen besetzten Menschen erkennen, der einem Möbius als wehrloses Opfer in die Hand gegeben war. Die Verteidigung erkennt ein strafrechtliches Verschulden nur in dem Fall der Unternachlassung an, wobei zu prüfen sei, ob nicht Verjährung eingetreten sei. Moralisch sei Dr. Zeigner schuldig geworden, aber sein Tun sei menschlich verzeihlich. Im Fall Friedrich habe die Beweisnahme nichts dafür ergeben, daß Dr. Zeigner hier irgendwie die Hand zu einer unerlaubten Handlung geboten hätte. Wir wissen nichts anderes, als daß Dr. Zeigner die Schmutztücher zu Hause vorband und sie durch Möbius zurückgeben ließ. Im Falle Brandt kann man nur sagen, daß Dr. Zeigner so anständig gehandelt habe, wie er — mit gefesselten Händen — nur handeln konnte. Die Angst vor Möbius sieht sich wie ein roter Faden durch sein Leben. Als er glaubte, daß der Grund seiner Abhängigkeit von Möbius der Verjährung angebeigefallen sei, da habe er seinen Tag länger mit der Wahrheit zurückgehalten. Im Falle Schmeier stehe fest, daß Dr. Zeigner betreffs des Damenpelzes erklärte: er sei ihm zu teuer. Schmeier habe Frau Dr. Zeigner den Pelz eigenmächtig geschenkt. Nachdem Dr. Zeigner von diesem Geschenk erfahren hatte, habe er alles getan, damit der Pelz wieder zugedacht wird.

Der Verteidiger Dr. Frank sagte in seinem Plaidoyer weiter, die letzte Stütze der Anklage, der Zeuge Weiner, der erst während der Hauptverhandlung von der Anklage herangezogen worden sei, sei zu einem Angelpunkt des Prozesses geworden. Sei dieser Mann, der in seinen Aussagen so schwankend gewesen sei, ein derart gewissenhafter Zeuge, daß man von seiner Aussage das Schicksal eines Ehrenmannes abhängig machen könne? Die Widersprüche und Unklarheiten in seiner Aussage seien so groß, daß hinter die gesamten Aussagen des Zeugen ein großes Fragezeichen zu legen sei. Auch den früheren Aussagen des Möbius liege nicht zu glauben. Eine Verurteilung Dr. Zeigners könne, falls das Gericht Verjährung nicht annehme, nur auf grund der Unterebeteiligung erfolgen. Der Verteidiger hat zum Schluss, den Maßstab für eine eventuelle Verurteilung aus dem Herzen zu nehmen.

Das Gericht vertagte sich hierauf auf Donnerstag vor-mittag.

Dr. Schachts Londoner Besprechungen.

Paris. Nach dem Londoner Korrespondent des Welt Journal hat der Reichsbankpräsident Dr. Schacht am Dienstag in London geweiht. Er hat mit verschiedenen Persönlichkeiten der britischen Finanzen Unterredungen über die geplante Goldnotenbank gehabt. Das Kapital dieser Bank, das auf 500 Millionen Goldmark festgelegt ist, wird zum größten Teil von den britischen Banken zur Verfügung gestellt werden. Die Transaktionen der Bank werden ausschließlich in Pfund Sterling erfolgen. Man vernimmt, daß Dr. Schacht spätestens Freitag abend die Rückreise nach Berlin antritt.

Erheblicher Rückgang der Arbeitslosenzahl.

Im unbesetzten Deutschland ist die Zahl derjenigen Arbeitslosen, die Unterstützung erhalten und neben denen es bekanntlich auch eine erhebliche Zahl Nichtunterstützter gibt, in der ersten Märzhälfte von 1 173 000 auf 989 000 zurückgegangen. Einen ähnlichen Rückgang wiesen die Ziffern der Zuschlagsempfänger, der unterstützungsberechtigten Angehörigen Vollerwerbstätiger, auf. Auch die Aursarbeit ist im Rückgang begriffen. Im Vergleich mit den letzten Jahren ist der Stand des Arbeitsmarktes allerdings noch immer recht ungünstig. Der Grund liegt in den Auswirkungen des Strebeneinbruchs, der die Verjüngung mit Rohle und anderen Roh- und Hilfsstoffen erschwert und verteuert, in der Kapitalknappheit, in den ausgedehnten Arbeitskämpfen sowie in dem späten Eintritt wärmeren Wetters. Erst die letzten Tage haben in dieser Hinsicht günstigeren Voraussetzungen geschaffen, sodass nun endlich auch Landwirtschaft, Baugewerbe und Binnenverkehr mehr in Gang kommen. Unter diesem Gesichtspunkt kann ein weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit in den unbesetzten Gebieten ermarktet werden.
Aus den besetzten Gebieten und aus dem Ruhrgebiet liegen, infolge der noch immer bestehenden Behinderung der Verwaltung, abschließende Ziffern über die Arbeitslosigkeit nicht vor. Soweit Nachrichten eingegangen sind, haben sich Wicuumverträge und französische Eisenbahnregie nicht als geeignet erwiesen, eine Belebung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes herbeizuführen. Wenn auch natürlich gegenüber der Zeit des völligen Stillstandes der Wirtschaft eine Abnahme in der Zahl der Erwerbslosen eingetreten ist, so liegen die Verhältnisse in den besetzten Gebieten, wo es in normalen Verhältnissen kaum eine Arbeitslosigkeit geben hat, jetzt unergiebiglich viel schlechter als im unbesetzten Gebiet.